



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, 23.X.2007

K(2007) 5099 endg.

**Betreff: Staatliche Beihilfe Nr. N 570/2007 – Deutschland
Eckpunkte zur Breitbandversorgung des ländlichen Raums in Baden-
Württemberg**

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

I. ZUSAMMENFASSUNG

- (1) Die Europäische Kommission hat nach Prüfung der *„Eckpunkte für die Verwendung öffentlicher Mittel zur flächendeckenden Versorgung des Ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen in Baden-Württemberg“* (nachstehend „Maßnahme“ genannt) entschieden, keine Einwände gegen die Maßnahme zu erheben, da die darin enthaltenen Beihilfeelemente mit Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag vereinbar sind.

II. VERFAHREN

- (2) Nach informellen Kontakten zwischen der Kommission und den deutschen Behörden haben die Behörden die Maßnahme mit Schreiben registriert am 2. Oktober 2007 bei der Kommission angemeldet.

Seiner Exzellenz Herrn Frank-Walter STEINMEIER
Bundesminister des Auswärtigen
Werderscher Markt 1
D - 10117 Berlin

Europäische Kommission, B-1049 Brüssel – Belgien
Telefon: 00-32 (0) 2 299 11.11.

III. HINTERGRUND

- (3) Der Zugang zu Breitbanddiensten¹ ist von entscheidender Bedeutung für die Entstehung wissensbasierter Wirtschaftssysteme und fördert die Entwicklung, Einführung und Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien.
- (4) Breitbandkommunikation ist von strategischer Bedeutung, denn sie beschleunigt den Beitrag der Informationstechnologien zu Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und fördert die soziale Integration.
- (5) Obwohl die Breitbandversorgung in Deutschland im Allgemeinen gut ist, haben Bürger und Unternehmen in manchen Gemeinden Baden-Württembergs (oder in Teilen dieser Gemeinden) keinen Zugang zu Breitbanddiensten. Diese nicht angebundenen Gebiete befinden sich in der Regel in ländlichen Gegenden mit geringer Bevölkerungsdichte, die für kommerzielle Anbieter keinen wirtschaftlichen Anreiz bieten, in elektronische Kommunikationsnetze zu investieren und Breitbanddienste anzubieten. Dies schafft eine digitale Kluft zwischen denjenigen Landesteilen mit hoher Breitbandverfügbarkeit und Gebieten ohne Zugang zu erschwinglichen Breitbanddiensten.
- (6) In dieser Situation werden die betroffenen Gemeinden häufig aktiv, um das Breitbandangebot in den nicht bedienten Gebieten zu verbessern. Auch wenn hierfür nicht immer öffentliche Mittel erforderlich sind, ist doch zuweilen eine staatliche Anschubfinanzierung notwendig, um die Bereitstellung von Breitbanddiensten zu ermöglichen.
- (7) In dem Bestreben, mehr Rechtssicherheit zu schaffen und als Orientierungshilfe für einen beihilferechtskonformen Einsatz öffentlicher Mittel bei der Förderung von Breitbanddiensten durch die Kommunen haben die Behörden von Baden-Württemberg die *Eckpunkte für die Verwendung öffentlicher Mittel zur flächendeckenden Versorgung des Ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen in Baden-Württemberg* (nachstehend „Eckpunkte“) erstellt und diese Regelung bei der Kommission angemeldet.

IV. BESCHREIBUNG DER MAßNAHME

- (8) *Ziel:* Die Regelung soll es den Gemeinden ermöglichen, Netzbetreibern finanzielle Unterstützung zu gewähren, damit diese in denjenigen Gebieten Baden-Württembergs (Gemeinden oder Teilgemeinden), in denen bisher noch kein Breitbandzugang besteht

¹ Breitbanddienste können mithilfe verschiedener Kombinationen von Kommunikationsnetztechnologien („Plattformen“) bereitgestellt werden. Die entsprechenden Technologien basieren auf Festnetz- oder funkgestützten Infrastrukturen und können je nach konkreter Situation miteinander kombiniert werden oder stellen alternative Zugangswege dar. Bei marktüblichen Breitbanddiensten beginnen die Downstream-Übertragungsraten zurzeit in der Regel bei 512Kbit/s/ bis 1Mbit/s. Für gewerbliche Nutzer sind deutlich höhere Übertragungsraten erforderlich.

und ein Angebot von Breitbanddiensten auch auf absehbare Zeit nicht geplant ist (so genannte „weiße Flecken“) Breitbanddienste für Bürger und Unternehmen anbieten.

- (9) Die Eckpunkte legen den Rahmen und die allgemeinen Bedingungen für die Gewährung solcher Beihilfen fest. Die Gemeinden entscheiden, mit welchem Betrag sie ein Projekt unterstützen, und gewähren die Beihilfen ohne direkte Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg. Die einzelnen Unterstützungsmaßnahmen auf kommunaler Ebene werden auf die Eckpunkte Bezug nehmen und den darin dargelegten Anforderungen Folge leisten.
- (10) Vor Gewährung der Beihilfen haben die Gemeinden eine Marktanalyse durchzuführen und die Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze zu befragen, ob sie sich in der Lage sehen, ohne finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde Breitbanddienste anzubieten. Eine Zuwendung kann nur gewährt werden, wenn die Marktteilnehmer nach einer Befragung keine Breitbanddienste anbieten und in absehbarer Zeit kein solches Breitbandangebot zu erwarten ist. In diesem Fall veröffentlicht die Gemeinde das geplante Vorhaben im örtlichen Amts- oder Mitteilungsblatt und auf ihrer Homepage sowie auf der landesweiten Homepage der Clearingstelle Neue Medien im Ländlichen Raum². Die Auswahl der Betreiber verläuft nach transparenten Verfahren und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Vergabeordnung. Auf der Grundlage von im Voraus festgelegten technischen Spezifikationen wählt die Gemeinde denjenigen Betreiber aus, der die geringste Beihilfe beantragt.
- (11) Die Eckpunkte regen an, dass die Betreiber Netzzugang auf Vorleistungsebene gewähren. Ein offener Netzzugang wird Drittanbietern ermöglichen, mit den ausgewählten Betreibern in Wettbewerb zu treten, was in den durch die Maßnahme abgedeckten Gebieten die Wahlmöglichkeiten und den Wettbewerb stärken wird.
- (12) *Rechtsgrundlage:* Auf der Grundlage ihrer Rechte nach Artikel 71 Absatz 2 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg³ können die Gemeinden gemäß § 1 Absatz 2 der Gemeindeordnung von Baden-Württemberg Infrastrukturinvestitionen im Interesse ihrer Bürger fördern⁴. In diesem Kontext hat das baden-württembergische Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum im Rahmen seiner Zuständigkeit für die Strukturpolitik im ländlichen Raum gemäß dem Landwirtschafts- und Landeskultugesetz des Landes Baden-Württemberg⁵ vom 14. März 1972 und der Bekanntmachung der Landesregierung von Baden-Württemberg über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerium⁶ vom 4. Juli 2006 die Eckpunkte ausgearbeitet.
- (13) Die Interessenverbände der Gemeinden Baden-Württembergs (z. B. der Gemeindetag Baden-Württemberg), wurden von den Landesbehörden zu der Regelung konsultiert. Die Eckpunkte werden nach ihrer Genehmigung durch die Kommission veröffentlicht.

² <http://www.clearingstelle-bw.de>.

³ Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juni 2000 (<http://www.lpb-bw.de/bwverf/bwverf.htm>).

⁴ www.rechtliches.de/BaWue/info_GemO.html.

⁵ www.rechtliches.de/BaWue/info_LLK.html.

⁶ www.landtag-bw.de/WP13/Drucksachen/0000/13_0127_d.pdf.

- (14) *Zielgebiete:* Die Maßnahme betrifft diejenigen Gebiete in Baden-Württemberg, in denen die Bürger und Unternehmen (abgesehen von teureren Lösungen über Satellit oder Mietleitungen) keinen Zugang zu erschwinglichen Breitbanddiensten haben.
- (15) *Begünstigte:* Beihilfeempfänger sind die Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze, die Breitbanddienste anbieten.
- (16) *Haushaltsmittel:* Die Gemeinden gewähren selbst die gesamte öffentliche Zuwendung für die einzelnen Projekte ohne direkte Finanzierung durch das Land Baden-Württemberg⁷. Die staatliche Zuwendung im Rahmen der Maßnahme ist auf 75 000 EUR pro Einzelvorhaben beschränkt. Je nach Anzahl und Umfang der Projekte und der Angebote der Diensteanbieter veranschlagen die Behörden Baden-Württembergs das Jahresgesamtbudget auf rund 1 Mio. EUR.
- (17) *Beihilfeintensität:* Die Beihilfeintensität der einzelnen Projekte richtet sich nach dem Ergebnis der örtlichen Auswahlverfahren.
- (18) *Finanzierungsinstrument:* Die ausgewählten Betreiber erhalten die staatlichen Mittel in Form von Direktzuschüssen, die Verwendung anderer Finanzierungsinstrumente ist jedoch nicht ausgeschlossen.
- (19) *Geltungsdauer der Maßnahme:* Die Regelung soll vom 1. November 2007 bis zum 31. Oktober 2012 gelten. Die Laufzeit der Verträge zwischen den Gemeinden und den ausgewählten Diensteanbietern wird von den Vertragsparteien vereinbart.

V. WÜRDIGUNG DER MAßNAHME

De-minimis-Beihilfen

- (20) Gemäß der geltenden De-minimis-Verordnung⁸ wird bei finanziellen Zuwendungen an ein Unternehmen, die in einem Zeitraum von drei Jahren 200 000 EUR nicht überschreiten, angenommen, dass mit ihnen keine erheblichen Auswirkungen auf den Wettbewerb und den Handel zwischen Mitgliedstaaten verbunden sind und sie somit keine staatlichen Beihilfen darstellen.
- (21) Es ist jedoch möglich, dass bestimmte Diensteanbieter mehrere lokale Projekte durchführen und über einen Zeitraum von drei Jahren staatliche Beihilfen von über 200 000 EUR erhalten. Für diese Fälle, die nicht unter die De-minimis-Verordnung fallen, muss geprüft werden, ob die öffentlichen Zuwendungen Beihilfeelemente enthalten und ob diese Beihilfen als mit dem EG-Vertrag vereinbar angesehen werden können.

⁷ Dies ist vergleichbar mit der von der Kommission geprüften Beihilfemaßnahme N526/2005 (Regelung für Regionalbeihilfen polnischer Gemeinden für Investitionen und Arbeitsplatzschaffung – Polen, 11.5.2006). Auch diese Regelung wurde von den jeweiligen Kommunen durchgeführt.

⁸ Verordnung (EG) Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 379 vom 28.12.2006).

Vorliegen einer Beihilfe

- (22) Nach dem EG-Vertrag und ständiger Rechtsprechung ist eine Maßnahme als staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag zu betrachten, wenn sie
- vom Staat oder aus staatlichen Mitteln finanziert wird;
 - dem Empfänger einen wirtschaftlichen Vorteil verschafft;
 - den Wettbewerb verfälscht oder zu verfälschen droht;
 - geeignet ist, den Handel zwischen den Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

Staatliche Mittel

- (23) Die Maßnahme wird aus den Mitteln der betroffenen Gemeinden in Baden-Württemberg finanziert. Folglich liegt eine Finanzierung aus staatlichen Mitteln vor.

Wirtschaftlicher Vorteil

- (24) *Ausgewählte Betreiber:* Die ausgewählten Netzbetreiber erhalten finanzielle Zuwendungen, die sie in die Lage versetzen, in den Markt einzutreten und Breitbanddienste zu Konditionen anzubieten, die ihnen der Markt so nicht einräumen würde. Die ausgewählten Netzbetreiber bleiben nach Ablauf der Förderung Eigentümer der Netze und aller anderen materiellen und immateriellen Vermögenswerte, die sie mit den staatlichen Mitteln erworben haben (z. B. Ausrüstung, Kundenbeziehungen) und ziehen infolgedessen auch nach Projektende noch einen teilweise aus staatlichen Mitteln finanzierten Nutzen aus der Maßnahme. Den ausgewählten Netzbetreibern wird also eindeutig ein wirtschaftlicher Vorteil gewährt.
- (25) *Drittanbieter:* In den Zielgebieten der Maßnahme werden gegenwärtig keine Breitbanddienste angeboten, und es besteht folglich auch kein Breitbandzugang auf Vorleistungsebene. Die Klausel betreffend den offenen Zugang zu den im Rahmen der Maßnahme errichteten Netzen hat zur Folge – sofern anwendbar – dass auch Drittanbieter von Breitbanddiensten in ihrer Eigenschaft als Vorleistungskunden der ausgewählten Betreiber einen wirtschaftlichen Vorteil aus den staatlichen Mitteln erhalten.

Verfälschung des Wettbewerbs

- (26) Das Eingreifen der öffentlichen Hand verändert die bestehenden Marktbedingungen, indem die Erbringung von Breitbanddiensten durch die ausgewählten Netzbetreiber und gegebenenfalls durch Drittanbieter ermöglicht wird. Wahrscheinlich werden eine Reihe von Unternehmen anstelle teurerer marktbasierter Lösungen (z. B. Satellit oder Mietleitungen) künftig die Dienste der ausgewählten Anbieter in Anspruch nehmen. Die Bereitstellung neuer Breitbanddienste zu niedrigeren Preisen als existierende, erheblich teurere Angebote, bewirkt somit eine Verfälschung des Wettbewerbs.

- (27) Die deutschen Behörden haben sich zwar gerade wegen des Mangels an privaten Initiativen in den betroffenen Gebieten zu einem Eingreifen entschlossen, es ist jedoch nicht auszuschließen, dass Marktinitiativen in einigen Gebieten langfristig tragfähig werden könnten. Die ausgewählten Betreiber werden dank der geförderten Projekte in der Lage sein, früher als etwaige Wettbewerber ihre Dienste anzubieten und einen Kundenstamm aufzubauen, und haben somit einen Erstanbietervorteil gegenüber potenziellen Wettbewerbern.
- (28) Da die Fördermaßnahme ausschließlich Anbietern elektronischer Kommunikationsdienste zugute kommt, ist sie außerdem sektoriell selektiv, was ebenfalls zu einer Verfälschung des Wettbewerbs führen kann.

Auswirkungen auf den Handel

- (29) Die Maßnahme wirkt sich insoweit auf den Handel aus, als sie Diensteanbieter in anderen Mitgliedstaaten betreffen kann. Die Märkte für elektronische Kommunikationsdienste sind durch grenzüberschreitenden Wettbewerb zwischen Telekommunikationsunternehmen und Diensteanbietern geprägt

Schlussfolgerung zum Vorliegen einer Beihilfe

- (30) In Anbetracht des Vorstehenden gelangt die Kommission zu dem Schluss, dass die von der angemeldeten Maßnahme abgedeckten Projekte den ausgewählten Breitbandanbietern und potenziell auch Drittanbietern einen wirtschaftlichen Vorteil verschafft. Die Projekte werden aus staatlichen Mitteln finanziert, können den Wettbewerb verfälschen und haben Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten. Aus diesen Gründen ist die Kommission der Auffassung, dass die im Rahmen der Regelung gewährte Finanzierung von Projekten, die nicht unter die De-minimis-Verordnung fallen (vgl. Nr. 20 und 21), eine staatliche Beihilfe im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag darstellt.
- (31) Nach der Feststellung, dass die Regelung Beihilfeelemente im Sinne von Artikel 87 Absatz 1 EG-Vertrag beinhaltet, muss geprüft werden, ob diese Beihilfen als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar eingestuft werden können.

Würdigung der Vereinbarkeit

- (32) Die Kommission stellt fest, dass die Regelung darauf abzielt, das Angebot von Breitbanddiensten in bestimmten Gegenden Baden-Württembergs, in denen bisher keine solchen Dienste angeboten werden, zu verbessern und dass sie als solche unter keine der bestehenden Beihilferahmen und –leitlinien fällt.

- (33) Nach Auffassung der Kommission muss daher die Würdigung der Vereinbarkeit der Maßnahme direkt auf der Grundlage von Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag⁹ erfolgen, dem zufolge

„Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete, soweit sie die Handelsbedingungen nicht in einer Weise verändern, die dem gemeinsamen Interesse zuwiderläuft“,

als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden können.

- (34) Damit eine Beihilfe als mit dem Gemeinsamen Markt nach Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag vereinbar gelten kann, muss damit, mit dem Nachweis der Notwendigkeit und Angemessenheit, ein Ziel von gemeinsamem Interesse verfolgt werden. Insbesondere sind bei der Prüfung der Maßnahme folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- (a) Ist die Zielsetzung der Beihilfemaßnahme klar definiert und von gemeinsamem Interesse (d. h. dient sie dazu, Marktversagen zu beheben oder ein anderes Ziel zu erreichen)?
- (b) Ist die Beihilfemaßnahme geeignet, das im gemeinsamen Interesse liegende Ziel zu verwirklichen? Dazu gehören insbesondere:
- Ist die Beihilfemaßnahme ein geeignetes Instrument oder gibt es andere, besser geeignete Instrumente?
 - Hat sie einen Anreizeffekt, d. h. ändert sie das Verhalten von Unternehmen?
 - Ist die Beihilfe verhältnismäßig, d. h. könnte dasselbe Ziel auch mit einer geringeren Beihilfe erreicht werden?
- (c) Sind die Verfälschungen von Wettbewerb und Handel in ihrem Ausmaß begrenzt, so dass die Gesamtbilanz der Auswirkungen positiv ist?

a. Die Förderung von Breitbandkommunikation dient dem gemeinsamen Interesse

Gemeinschaftspolitik

- (35) Ebenso wie andere, vergleichbare staatliche Finanzierungsmaßnahmen zur Förderung von Breitbandkommunikation, die die Kommission in der Vergangenheit geprüft hat¹⁰,

⁹ Siehe vergleichbare Entscheidungen im Falle von Beihilfen zur Förderung der Breitbandversorgung: N 199/2004 - Broadband Business Fund – Vereinigtes Königreich; http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/comp-2004/n199-04.pdf, N 264/2006 – Breitband in den ländlichen Gebieten der Toskana – Italien, http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/comp-2006/n264-06.pdf (ital. Fassg.), N 263/2005 – Breitband Kärnten – Österreich, http://ec.europa.eu/community_law/state_aids/comp-2005/n263-05.pdf

¹⁰ Siehe Fußnote 9.

steht auch diese Regelung eindeutig in Einklang mit dem erklärten Ziel der Gemeinschaft, allen Europäern Zugang zu Breitbanddiensten zu verschaffen¹¹. Sie wird dazu beitragen, dass Bürger und Unternehmen in bisher nicht versorgten Gebieten Baden-Württembergs, die andernfalls keinen Breitbandzugang hätten, einen Zugang zu Breitbanddiensten erhalten. Die Maßnahme dient also dem gemeinsamen Interesse.

Marktversagen und Kohäsion

- (36) Das mangelnde Angebot an Breitbanddiensten ist unter anderem auf einige typische ökonomische Charakteristika von Netzindustrien wie z. B. hohe Fixkosten zurückzuführen. Der Aufbau von Breitbandnetzen ist in der Regel in Gebieten mit höherer und konzentrierter potenzieller Nachfrage aufgrund der zu erzielenden Dichtevorteile rentabler. Deshalb besteht für Netzbetreiber in bestimmten Gegenden kein wirtschaftlicher Anreiz, Breitbanddienste anzubieten, da den hohen zusätzlichen Kosten keine ausreichenden zusätzlichen Einnahmen gegenüberstehen.
- (37) Für die betroffenen Gemeinden wäre es jedoch von Nutzen, wenn ihre Bürger und Unternehmen Zugang zu solchen Diensten hätten. Eine bessere Breitbandanbindung fördert die regionale Entwicklung, einschließlich der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie besserer Dienste im Gesundheits- und Bildungsbereich, und der Breitbandzugang ist von besonderer Bedeutung für ländliche und entlegene Gebiete, in denen verbesserte Kommunikationsmöglichkeiten zur Lösung verschiedener durch die räumliche Abgeschiedenheit verursachter Probleme beitragen können.
- (38) Die Behörden Baden-Württembergs verfolgen demnach mit der finanziellen Unterstützung für die Bereitstellung von Breitbanddiensten in derzeit noch nicht versorgten Gegenden echte Kohäsions- und Entwicklungsziele.

b. Angemessenheit der Beihilfe

Beihilfen sind ein geeignetes Instrument

- (39) Die Maßnahme ist Teil einer Gesamtstrategie der Behörden Baden-Württembergs, die darauf abzielt, für alle Bürger und Unternehmen in diesem Bundesland die Breitbandversorgung zu gewährleisten. Weitere Elemente der Strategie sind Nachfragebündelung, Information und Beratung für Gemeinden sowie Pilotprojekte¹².
- (40) Während beispielsweise Marktregulierung die Versorgung städtischer, dichter bevölkerter Gebiete mit Breitbandanschlüssen erleichtert hat, ist nicht damit zu rechnen, dass sie genügend Investitionen in Breitbanddienste in noch unversorgten Gebieten mobilisieren wird. In bestimmten Situationen gibt es daher keine Alternative zu staatlichen Finanzierungen, um diese Versorgungslücke zu schließen.

¹¹ Siehe unter anderem die Mitteilungen der Kommission „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“, KOM (2005) 229 vom 1. Juni 2005, und „Überwindung der Breitbandkluft“, KOM (2006) 129 vom 20. März 2006.

¹² Siehe: <http://www.clearingstelle-bw.de>

- (41) Aufgrund dieser Erwägungen kommt die Kommission zu dem Schluss, dass im vorliegenden Fall staatliche Zuwendungen für die Bereitstellung von Breitbanddiensten das geeignete Instrument sind, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

Die Beihilfen haben die richtige Anreizwirkung

- (42) Die Regelung sieht vor, dass Breitbandanbieter bei der Gemeinde angeben, welchen Beihilfebetrug sie unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Gesamtinvestition, der Betriebskosten und der Einnahmen benötigen, um die gewünschte Investition durchzuführen. Auf diese Weise wollen die deutschen Behörden erreichen, dass die gewährte staatliche Zuwendung einen unmittelbaren und angemessenen Investitionsanreiz bietet und auf den vom Betreiber für die Bereitstellung der Dienste unbedingt benötigten Betrag beschränkt bleibt.

Verhältnismäßigkeit

- (43) Die Behörden Baden-Württembergs haben die Regelung derart ausgestaltet, dass die Gemeinden gehalten sind, die staatlichen Beihilfen und die potenziellen Wettbewerbsverzerrungen so gering wie möglich zu halten. Festzuhalten sind die folgenden positiven Elemente in der Gesamtausgestaltung der Maßnahme:

a) Marktanalyse und Befragung der Netzbetreiber: Vor Gewährung einer Beihilfe müssen die Gemeinden eine Marktanalyse durchführen. Sie müssen die in Frage kommenden Betreiber elektronischer Kommunikationsnetze befragen, ob sie sich in der Lage sehen, ohne Beihilfe Breitbanddienste anzubieten. Eine Zuwendung kann nur gewährt werden, wenn diese Marktteilnehmer nach einer Befragung keine Breitbanddienste anbieten und in absehbarer Zeit kein solches Breitbandangebot zu erwarten ist.

b) Transparenz und offene Auswahlverfahren: Jede Gemeinde veröffentlicht das geplante Vorhaben in ihrem örtlichen Amts- oder Mitteilungsblatt und auf ihrer Homepage sowie auf der landesweiten Homepage der Clearingstelle Neue Medien im Ländlichen Raum¹³. Die Projektauswahl verläuft nach transparenten Verfahren und unter Berücksichtigung der Vorgaben der Vergabeordnung. Auf der Grundlage von im Voraus festgelegten technischen Spezifikationen wählt die Gemeinde denjenigen Betreiber aus, der die geringste Beihilfe beantragt.

c) Technologieneutralität: Die Regelung ist technologieneutral, d. h. es wird keine bestimmte Technologie bevorzugt.

d) Offener Zugang auf Vorleistungsebene: Die Eckpunkte regen an, dass die ausgewählten Betreiber Netzzugang auf Vorleistungsebene gewähren¹⁴. Ein solcher

¹³ Idem.

¹⁴ Betreiber mit signifikanter Marktmacht sind grundsätzlich gesetzlich verpflichtet, offenen Zugang zu ihren Netzen zu gewähren. Obwohl die Regelung einen offenen Zugang auf Vorleistungsebene anregt, können auch Projekte finanziert werden, die aus wirtschaftlichen Gründen (z. B. weil dann eine viel höhere Zuwendung benötigt würde) keinen solchen

Zugang wird es Drittanbietern ermöglichen, mit den ausgewählten Betreibern in Wettbewerb zu treten, was in den durch die Maßnahme abgedeckten Gebieten die Wahlmöglichkeiten und den Wettbewerb stärken wird.

c. Die Verfälschungen von Wettbewerb und Handel sind in ihrem Ausmaß begrenzt, so dass die positiven Auswirkungen der Maßnahme überwiegen

- (44) Nach Auffassung der Kommission sind die Auswirkungen der Maßnahme insgesamt positiv. Die Maßnahme entspricht eindeutig den Zielen von Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag, da sie die Entwicklung bestimmter Wirtschaftstätigkeiten (Breitbanddienste auf Endkunden- und Vorleistungsebene) in bestimmten Gebieten fördert, in denen keine Breitbanddienste verfügbar sind.
- (45) Die Kommission gelangt zu dem Schluss, dass durch die angemeldete Maßnahme ein geografischer und wirtschaftlicher Nachteil ausgeglichen wird und sie objektiv gerechtfertigt ist, um Versorgungslücken bei der Bereitstellung von Breitbanddiensten zu schließen, die daraus resultiert, dass es wegen der geringen Dichte potenzieller und tatsächlicher Nutzer wirtschaftlich nicht rentabel ist, solche Dienste anzubieten. Die Behörden Baden-Württembergs haben die Regelung so ausgestaltet, dass die gewährten staatlichen Beihilfen und die potenziellen Wettbewerbsverzerrungen so gering wie möglich bleiben. Was die Auswirkungen auf den Handel anbelangt, so kann die Kommission vor allem wegen der geringen Beihilfebeträge und der räumlichen Begrenzung der Projekte keine negativen Auswirkungen auf andere Mitgliedstaaten erkennen.
- (46) In Anbetracht des Vorstehenden ist die Kommission zu dem Schluss gelangt, dass in der angemeldeten Maßnahme enthaltene Beihilfeelemente mit Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag vereinbar sind.

VI. ENTSCHEIDUNG

Auf der Grundlage der vorstehenden Würdigung erklärt die Kommission jede auf Grundlage der *„Eckpunkte für die Verwendung öffentlicher Mittel zur flächendeckenden Versorgung des Ländlichen Raums mit Breitbandanschlüssen in Baden-Württemberg“* geplante und gewährte Beihilfe als mit Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c EG-Vertrag vereinbar.

Die Kommission weist die deutschen Behörden darauf hin, dass jede geplante Änderung der Beihilferegulierung bei der Kommission angemeldet werden muss.

Falls dieses Schreiben vertrauliche Angaben enthält, die nicht veröffentlicht werden sollen, setzen Sie die Kommission bitte innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen nach Eingang dieses Schreibens unter Angabe von Gründen davon in Kenntnis. Erhält die Kommission innerhalb

Zugang vorsehen. Angesichts des geringen Umfangs der lokalen Projekte und der geringern Beihilfebeträge ist die Kommission im vorliegenden Fall der Auffassung, dass dies nicht zu einer dem gemeinsamen Interesse zuwiderlaufenden Beeinträchtigung des Wettbewerbs und der Handelsbedingungen führt.

dieser Frist keinen begründeten Antrag, geht sie davon aus, dass Sie mit der Veröffentlichung des vollständigen Wortlauts in der verbindlichen Sprachfassung auf folgender Internetseite einverstanden sind: http://ec.europa.eu/comm/competition/state_aid/register/ii/.

Anträge sind per verschlüsselter E-Mail an stateaidgreffe@ec.europa.eu oder per Fax an folgende Anschrift zu richten:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
Rue de Spa 3
B-1049 Brüssel
Fax-Nr.: +32 2 2961242

Hochachtungsvoll,
Für die Kommission

Neelie KROES
Mitglied der Kommission